

Antwort

der Bundesregierung

**auf die Kleine Anfrage der Abgeordneten Maritta Böttcher, Heinrich Fink,
Carsten Hübner, weiterer Abgeordneter und der Fraktion der PDS
– Drucksache 14/3336 –**

Umstrukturierung der außeruniversitären Forschung

In der 14. Legislaturperiode wurde durch die Bundesregierung ein Umbruch auf dem Gebiet der Forschung eingeleitet. In dessen Fokus stehen eine neue Forschungsorientierung und eine strukturelle Neuordnung der Forschungseinrichtungen der Herrmann von Helmholtz-Gemeinschaft Deutscher Forschungszentren (HGF). In ihrer Rede am 2. Dezember 1998 „Bildungs- und forschungspolitische Vorhaben und Schwerpunkte der Bundesregierung“ fordert Bundesministerin Edelgard Bulmahn die HGF auf, „ihr programmatisches Profil stärker herausarbeiten, denn ihre potentielle Stärke ist die Möglichkeit des interdisziplinären Forschens und der schnelle Transfer in die Wirtschaft.“ Der gesellschaftliche Nutzen der Forschung erscheint inzwischen allein auf Standortsicherung bzw. Arbeitsplätze in Unternehmen reduziert zu sein.

Seit der Fusion von GMD-Forschungszentrum Informationstechnik GmbH (GMD) und Fraunhofer-Gesellschaft (FhG) erscheint die Umstrukturierung der HGF als ein Systemwandel in der Forschungsförderung, denn anstelle einer differenzierten Förderung für die Grundlagen- und die angewandte Forschung tritt eine programmorientierte Förderung, die allein auf eine schnelle wirtschaftliche Verwertbarkeit der Forschungsergebnisse abzielt. Auf diese Weise schmilzt die Bundesregierung die Grundfinanzierung von Forschungseinrichtungen ab. Im Gegenzug wird die Projektfinanzierung erhöht, die mit großem Verwaltungsaufwand einhergeht und prekären Beschäftigungsverhältnissen Vorschub leistet. Zukunftsforschung und interdisziplinäre Ansätze bleiben auf der Strecke.

Die Antwort wurde namens der Bundesregierung mit Schreiben des Bundesministeriums für Bildung und Forschung vom 24. Mai 2000 übermittelt.

Die Drucksache enthält zusätzlich – in kleinerer Schrifttype – den Fragetext.

1. Welche Vorstellungen hat die Bundesregierung von den Aufgaben der Forschung und wem sollen die Ergebnisse der Forschung dienen?

Die Förderung von Wissenschaft und Forschung ist für die Bundesregierung integraler Bestandteil ihrer breit angelegten Innovationspolitik. Sie eröffnet Perspektiven für neue gesellschaftliche Zielsetzungen ebenso wie für wirtschaftliche und kulturelle. Nachhaltiges Wirtschaften, gesellschaftliche Vorsorge und – allgemein – Zukunftsgestaltung sind auf die Ergebnisse von Wissenschaft und Forschung angewiesen. Auch globale, internationale Kommunikation und Vernetzung sind ohne Forschung nicht mehr denkbar – sei es als technologische Grundlage moderner Kommunikationsmittel, sei es als Anstoß für die Intensivierung des internationalen Austausches. Insofern dient Forschung allen und kommen mit staatlichen Mitteln geförderte Forschungsergebnisse allen zugute. Die Pflicht zur Veröffentlichung grundsätzlich aller mit staatlichen Mitteln geförderter Forschungsergebnisse schafft die Voraussetzung, dass Forschung die nötige Akzeptanz und breite Aufgeschlossenheit findet, die zu ihrer Entwicklung erforderlich ist.

2. Weshalb soll sich die Bundesregierung aus der direkten Steuerung der Forschung zurückziehen und sich nur als finanzieller Förderer von Unternehmen aus Steuermitteln betätigen?

Die Bundesregierung beabsichtigt nicht, sich aus der unmittelbaren Förderung von Forschungseinrichtungen gemeinsam mit den Ländern zurückzuziehen und sich nur als finanzieller Förderer von Unternehmen zu betätigen. Einvernehmen herrscht aber mit allen an dem Prozess der Neuordnung Beteiligten, dass die Eigenverantwortung der Forschungseinrichtungen gestärkt werden soll.

3. Wie stellt sich die Bundesregierung zukünftig eine umfassende Mitbestimmung bei den Inhalten der Forschung vor, wenn sie Kapazitäten der Grundlagenforschung des öffentlichen Sektors einschränkt?

Die Bundesregierung hat nicht die Absicht, Kapazitäten der Grundlagenforschung einzuschränken.

4. Welches Konzept verfolgt die Bundesregierung bei der Umstrukturierung der HGF?

Die Eckpunkte des zurzeit erörterten Konzepts einer programmorientierten Förderung der HGF sind im Bericht des BMBF an den Ausschuss für Bildung, Forschung und Technikfolgenabschätzung des Deutschen Bundestages (Ausschussdrucksache 14-194) dargestellt, auf den ich Bezug nehme.

5. Was versteht die Bundesregierung in Verbindung mit der o. g. Neuordnung unter „Grundlagenforschung“?

Die Unterscheidung zwischen Grundlagenforschung und anwendungsorientierter Forschung entspricht nicht mehr den Anforderungen, die an ein modernes Forschungs- und Wissenschaftssystem zu stellen sind; denn vielfach sind Ergebnisse aus dem Grundlagenbereich unmittelbar anwendungsrelevant und ebenso stellen sich aus der Anwendung interessante Grundlagenfragen. So erfordern z. B. komplexe Innovationen beispielsweise in der Biotechnologie, aber auch bei ehrgeizigen Vorhaben etwa in der Materialforschung und Umwelttechnologie das unmittelbare Zusammenwirken von Grundlagenforschung, anwendungsorientierter Forschung und Entwicklung (sog. *simultaneous engineering*).

Von ihrer Anlage und Organisation her sind heute auch die nicht in erster Linie anwendungsbezogenen Einrichtungen in der Lage, innovative Arbeitsgebiete in Grenzgebieten zu erschließen, die dann teilweise bis in unmittelbare Anwendungen reichen. In gemeinsamen Projekten mit der Wirtschaft werden Brücken zwischen Grundlagenforschung und Anwendung geschlagen mit oft langfristiger Perspektive. Eine Bewertung des Kooperationspotentials zwischen Industrie und staatlichen Forschungseinrichtungen aus dem Jahr 1995 („Weule- bzw. ZVEI-Gutachten“), über die dem damaligen Ausschuss für Bildung, Wissenschaft, Forschung, Technologie und Technikfolgenabschätzung des Deutschen Bundestages berichtet wurde (8. März 1995), betont gerade die Bedeutung der vertikalen Wertschöpfungskette und drückt seine Anerkennung für das entsprechend in den untersuchten Helmholtz-Zentren vorhandene Potential aus.

6. Welche Konzeption hat die Bundesregierung für den Ausbau der Grundlagenforschung im IuK-Sektor?

Gerade im Bereich der Informations- und Kommunikationstechnik kommt es zu einer immer stärkeren Rückkoppelung zwischen anwendungs- und produktorientierter Forschung und Entwicklung sowie strategisch orientierter längerfristiger Grundlagenforschung. In diesem Bereich sind die Innovationszyklen extrem kurz. Damit verschwimmen auch hier die klassischen Grenzen zwischen Grundlagenforschung, angewandter Forschung und Vorbereitung auf Produktentwicklungen. Eine Überbetonung der Stärkung der Grundlagenforschung im klassischen Sinne ignoriert die Innovationsdynamik auf diesem Gebiet und den Abbau bisher gültiger Grenzen zwischen Grundlagenforschung, angewandter Forschung und produktorientierter Forschung.

Diesen neuen Anforderungen muss auch das System der außeruniversitären Forschung gerecht werden. Die Bundesregierung hat deshalb einen Prozess begonnen, der zum Ziel hat, durch Zusammenführung der Institute der GMD mit den Informations- und Kommunikationsforschungsinstituten der Fraunhofer-Gesellschaft die Stärken beider Einrichtungen zu bündeln und so die erforderliche Synthese aus grundlagen- und anwendungsorientierter Forschung zu erreichen.

Das BMBF fördert den IuK-Sektor mit jährlich rund 1,2 Mrd. DM, wobei zwischen 70 % und 80 % der Förderung der Grundlagenforschung zuzuordnen ist. Für die nächsten 3 Jahre ist geplant, für gemeinsame Grundlagenprojekte von FhG- und GMD-Instituten weitere 30 Mio. DM zur Verfügung zu stellen.

Darüber hinaus hat die Bundesregierung erstmals ein Gesamtkonzept vorgelegt, in dem Ziele formuliert, Aktionen gebündelt und in Kooperation und gegenseitiger Abstimmung von Wirtschaft und Politik die für den Aufbruch in die Informationsgesellschaft notwendigen Weichenstellungen für eine zukunftsgerichtete Forschungs- und Bildungspolitik vorgenommen wurden.

Allein für die Entwicklung von Lehr- und Lernsoftware sowie innovativer Studienangebote sind für die nächsten 5 Jahre rund 450 Mio. DM vorgesehen. Diese Investition in die Ausbildung sichert die notwendige Basis für die Grundlagenforschung der Zukunft.